

Sagen, was Sache ist. Lesen, was klüger macht.

Begründet 1993



www.spd-ehingen.de



Nr. 218

erscheint monatlich

1. März 2012

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Fuchsle)

Akropolis Adieu oder müssen wir Griechenland retten?

Klärle Dorner

Seit Monaten diskutiert alle Welt darüber, ob und wie Griechenland vor dem Staatsbankrott gerettet werden kann. Im September vorigen Jahres forderte ich in einem sozialen Netzwerk die Leserinnen und Leser auf, mir folgenden Zusammenhang zu erklären. Ich zitiere aus einer Petition von Avaaz.org.

Avaaz.org ist laut Wikipedia "eine international agierende, US-amerikanische Stiftung, die eine internetbasierte Beteiligungsplattform in 14 Sprachen betreibt. ... Avaaz organisiert globale politische Kampagnen, vorwiegend innerhalb der Themenkreise Klimawandel, Menschenrechte und Armut. Die Kampagnen stützen sich auf öffentliche Online-Petitionen, Spenden für Menschen in humanitären Krisen und die Sicherung einer unabhängigen Presse. Während die Organisation in New York beheimatet ist, wird die eigentliche Kampagnenarbeit von Aktivisten aus verschiedenen Ländern geleistet."

Avaaz: "Unglaublich, sie tun es schon wieder! Unsere Regierungen geben den Banken noch mehr Steuergelder!

Es besteht kein Zweifel: Wir brauchen einen Rettungsplan, um Griechenland, Europa und den Euro zu retten. Aber der gegenwärtige Plan bedeutet, dass wir Steuerzahler den

Banken 90% ihrer riskanten Investitionen zurückzahlen. Menschen in Griechenland sehen nichts von den Investitionen, und wir zahlen Unmengen an Geld an reiche Banker. Und es kommt noch schlimmer -- 30% unseres Geldes wird Spekulanten bereichern, die Profit machen,

Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 3 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum|
- 4 Appell an Fam. Schlecker
- 5 Liebe Leserinnen und Leser
Wir gratulieren! Impressum
- 6 SPD-Berichte aus Berlin
Camping, Klos und Kathedralen
- 7 Zukunftswerkstatt familienfreundliches Ehingen
- 8 Belämmert dreinschauen geht in Ordnung, aber ...
- 10 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 11 Thema unter anderem: Windkraft
- 12 Ehinger CDU-Größen haben es derzeit nicht leicht
- 13 Damals im März
- 14 Das Europaparlament hat Zähne
- 15 Wir gratulieren dem Roten Seehas und Evelyne Gebhardt
- 16 Infos zum Thema Landesstraßen
- 17 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 19 Zukunftswerkstatt Ehingen
- 20 Ist der Euro noch zu retten?
- 21 Stärkung der Demokratie in der EU
- 24 Termine und Sonstiges



Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Fortsetzung von Seite 1

weil sie auf den Rettungsplan spekulieren.

Wie kann es sein, dass unsere Regierungen einen Rettungsplan aufsetzen, der Banken und Spekulanten mit unseren Steuergeldern belohnt und Griechenland im Stich lässt. Ganz einfach -- die Banker haben ihn geschrieben. Ein Finanzministertreffen steht unmittelbar bevor -- schicken wir ihnen eine lautstarke Forderung: Überarbeiten Sie den Plan und kommen Sie mit einem neuen Vorschlag zurück, der Griechenland, und nicht die Banken, rettet. Unterzeichnen Sie jetzt."

Ich habe damals nicht unterzeichnet, weil ich nicht verstehen konnte, was denn nun richtig sei. Ich habe in dem Netzwerk aufgefordert, mir eine Erklärung oder eine Hilfestellung zum Verstehen dieses Problems zu geben, aber es kam keine einzige Reaktion auf meinen Aufruf, mir bitte zu erklären, ob es nun um die Rettung Griechenlands oder um die Rettung der Banken gehe.

Heute, fünf Monate später sind meine Zweifel und meine Verunsicherung noch größer.

Sind die großen Banken die eigentlichen Verursacher und auch Gewinner?

Warum fährt Ackermann nach Griechenland?

Wir wissen inzwischen angeblich zwar, wo die "Griechen" ihr Geld verschleudert haben - und wir wissen angeblich, dass sie nicht bereit seien, endlich richtig zu sparen. Wir wissen, dass eine effiziente Verwaltung in der Lage wäre, Geld für den Staat zu requirieren, dass diese Verwaltung aber fehle. Dies alles ist aber nicht neu (siehe Text der FAZ unten), aber:

Unsere Fantasie reicht nicht weiter, als den Sparzwang noch mehr zu vergrößern, so dass das Volk eigentlich nicht mehr leben kann.

Und da kommen mir nun erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung und der Worte unserer Kanzlerin. Denn die Reaktionen in Griechenland beschränken sich nicht mehr auf Proteste gegen den Sparzwang, sondern richten sich teilweise gezielt gegen die Kanzlerin und Deutschland. Ich zitiere aus <http://www.presseurop.eu>* "Es mag nie Liebe zwischen Deutschland und Griechen-

land gewesen sein, aber am Mittwoch wurde klar, dass das Verhältnis zwischen Europas Zahlmeister und seinem überschuldetsten Staat eine neue Stufe der Feindseligkeit erreicht hat. Drei Jahre nach Beginn der Krise wird deutlich, dass die Diplomatie, die jegliche Lösungsversuche der Krise dominierte, ersetzt wurde durch Zorn und Erbitterung. Und nicht nur in den Hauptstädten des nördlichen Teils Europas." Und weiter heißt es aus Le Monde (Frankreich): "In ihrem Unglück haben die Griechen die perfekte Zielscheibe gefunden, der sie ihre ganze Wut entgegenschleudern können, in derselben Manier, mit der man Puppen mit Nadeln durchlöchert: Angela Merkel. In jeder erdenklichen Weise taucht sie dort auf, am liebsten mit Wächtern in Nazi-Uniform an ihrer Seite, und gelegentlich mit einem kleinen braunen Bärtchen. Über die Kanzlerin hinaus dehnt sich die Schande auf die Gesamtheit ihrer Landsleute aus, die deutschen "Besitzer" und die historischen Fehler, die nie gebüßt sind."

Angesichts solcher Reaktionen und angesichts der Tatsache,

Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67
13, hilde.mattheis@bundestag.de;

Kerstin Krell, **Karl Piberhofer**, **Bettina Schulze** (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; **Matthias Genchi** - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; **Keltergasse 47**,
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



Fortsetzung von Seite 2

dass wir auch selbst sehr hoch verschuldet sind, und es bei uns nur dank wirtschaftlichem Wachstum und einiger sonstigen besseren Voraussetzungen (funktionierende Verwaltungen; funktionierendes Steuersystem...) sollten wir als Deutsche mehr Sensibilität gegenüber den schwächeren Ländern aufbringen und endlich den Gedanken der Solidargemeinschaft ernster nehmen. Wie soll ein Land, das außer viel schöner Landschaft, liebgewonnener Urlaubsziele und gastfreundlichen Menschen nichts hat, womit Geld verdient werden kann, wieder auf die Beine kommen, wenn nur gespart werden soll? Haben wir uns schon mal Gedanken gemacht, was mit all den Menschen passiert ist, die z. B. 1978 noch in Läden, die kleiner als eine Garage waren, ihren Lebensunterhalt durch Obst, Gemüse- und Fleischhandel verdient haben? Oder all die Ziegenbauern, die vom Verkauf ihres Käses leben konnten, bis wir Kuh- statt Ziegenmilch-“Feta” in Tettang produzierten und in unseren Läden fanden, weil dieser billiger in der Herstellung war?

- Haben wir nicht gerade mit den sicher sinnvollen, aber vielleicht zu schnell übergestülpten Richtlinien der EU dieses Land zu einem Land gemacht, das nur über den Tropf der EU am Leben bleiben konnte?
- Haben wir als Nettozahler nicht gerade durch viele Exporte in dieses Land sehr lange profitiert - zum Beispiel auch durch Waffenverkäufe?
- Sahen wir in Mitteleuropa (nicht nur in Deutschland) nicht allzu lange dieses Land als ein Traumland an für unsere Träume von Freiheit, Un-

berührtheit der Natur, leichtere Lebensweise, die wir bei uns so vermissten und dort so priesen?

Ich meine, die europäische Gemeinschaft täte gut daran, ...

... vor der Aufnahme von neuen Kandidaten auch zu überlegen, wie sich die in der EU geltenden vor allem wirtschaftlichen Normen auf die Infrastruktur dieses Landes auswirken werden - aber auch ob die Verwaltungsstrukturen in dem Land dort den Anforderungen der EU gewachsen sein können.

Das hat man (und da soll Gerhard Schröders Regierung nicht ganz unbeteiligt gewesen sein) damals beim Beitritt Griechenlands zur EU “vergessen”.

Man war froh, dass die Diktatur überwunden war und dachte vielleicht nur strategisch.

Wahrscheinlich hat man den Text des französischen Schriftsteller Edmond About, notiert 1858, über die Situation in Griechenland nicht gekannt: "Griechenland ist das einzige bekannte Beispiel eines Landes, das seit dem Tag seiner Geburt im totalen Bankrott lebt. Wenn Frankreich oder England sich nur ein einziges Jahr in dieser Lage befänden, würden wir dort schreckliche Katastrophen erleben. Griechenland lebt nun schon seit zwanzig Jahren in Frieden mit einem Staatsbankrott. Alle griechischen Budgets, vom ersten bis zum bisher letzten, weisen ein Defizit auf."

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/griechenland-das-land-lebt-seit-seiner-geburt-im-totalen-bankrott-11645836.html>

Was mich ärgert!

- Mich ärgert es, wenn Menschen überheblich mit dem Finger auf Griechenland zeigen und sich als die besseren Staatsbürger bezeichnen. Klar täte es Griechenland gut, wenn die Reichen ihr Geld nicht in der Schweiz deponiert hätten, sondern dem Staat die Steuern bezahlen würden, die sie müssten - aber auch bei uns gibt es Steuerflüchtlinge, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen oder nach Monaco oder sonstwohin ...
- Mich ärgert es daher auch, wenn Schiffe in deutschem Besitz in irgendwelchen steuerbilligen Exotenstaaten “zugelassen” werden, wobei man nicht nur Steuern “spart”, sondern auch nur Niedriglohne zahlt.
- Mich ärgert es, wenn wir so tun, als ob “der Grieche” (gemeint sind aber alle südlichen Länder) nur faul und korrupt wäre und eben nur das Leben genieße und wir dafür bezahlen müssten. Wir sollten in Europa überlegen, wie wir es gemeinsam schaffen, dass Griechenland auch ein produzierendes Gewerbe bekommt.
- Mich ärgert es, wenn wir so tun, als seien alle Griechen korrupt und bestechlich. Klar gibt es auch Menschen, die sich bestechen lassen und erst nach Zahlung von Bakschisch ihre Arbeit tun, natürlich ohne Quittung - aber gibt es bei uns nicht auch einige Handwerker, die fragen, ob man eine Rechnung brauche, oder sie werden vom Kunden gefragt, was es denn koste, wenn man keine Rechnung wolle. Genau die schreien gleichzeitig aber, dass der Staat sich doch die Steuern von den Griechen holen





■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 3

sollte.

- Mich ärgert, dass es in Ehingen über all diese Probleme keinen Dialog mit den Betroffenen gibt. Wir können es nur anbieten und würden uns freuen, wenn wir uns nicht nur darüber schweigend begnügen könnten.

Mein Traum: Wir Menschen in Europa verstehen endlich, dass wir - damit wir in der Weltgemeinschaft bestehen können - auf manch lieb gewonnene Eigenständigkeit im Dienste des großen Ganzen verzichten sollten. Im

Gegenzug dazu verpflichtet sich jeder Mitgliedstaat, sein Möglichstes zum Gelingen beizutragen. Es kann doch nicht sein, dass ein Staat, kleiner als manches Bundesland bei uns, so eine Krise bewirken kann, und wir alle zusammen nicht in der Lage sind, diese Krise in Würde für alle Beteiligten zu meistern. Wenn das nicht möglich sein sollte, dann hat Politik völlig verloren und wir sind nur noch ein Produkt der Finanzspekulanten.

*Anmerkung:

Presseurop.eu ist eine Nachrichten-Website mit Sitz in Paris, die täglich eine Auswahl von Artikeln aus über 200 Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen veröffentlicht, und zwar in 10 Sprachen übersetzt - Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Rumänisch, Italienisch, Portugiesisch, Niederländisch, Polnisch und Tschechisch. Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission wurde Presseurop.eu 2009 von einem Konsortium aus vier Magazinen gegründet, die auf internationale Berichterstattung spezialisiert sind. ■

Nachtrag zum (R)umgefragt in der letzten Ausgabe:

Ich bin der Meinung, dass Ländern, die in einem dermaßen hohen Grad wie diese ungarische Regierung gegen EU-Recht verstoßen, keinerlei Mittel mehr aus den Fördertöpfen der EU bekommen sollen. Außerdem sollte gegen solche Regierungen ein Ausschlussverfahren eingeleitet werden. Rudolf Kopf, Schelklingen

Familie Schlecker muss ihrer Verantwortung nachkommen!

Solidarität mit den Beschäftigten bei Schlecker

Mit der Insolvenz von Schlecker droht Tausenden von Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in dieser schwierigen Situation solidarisch an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unterstützen sie politisch im Kampf um ihre Arbeitsplätze.

Die Familie Schlecker verdankt ihr milliardenschweres Vermögen in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihrer Drogeriekette und wurde so zu einer der reichsten Familien Deutschlands. Die Beschäftigten waren es, die trotz größtenteils schlechtester Arbeitsbedingungen durch ihren Einsatz dafür gesorgt haben, dass Schlecker zur größten Drogeriemarktkette in Deutschland wurde. Die auf Billiglöhne setzende Strategie des Unternehmens ist aber heute offensichtlich nicht mehr tragfähig und mit Ursache für die aktuellen finanziellen Probleme.

Nun ist es die Verantwortung und die Verpflichtung der Familie Schlecker, alles für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Zukunft des Unternehmens zu tun. Die Folgen der Insolvenz dürfen nicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Sozialkassen abgewälzt werden. Wir erwarten von der Familie Schlecker, dass sie auch ihr privates Vermögen einsetzt, um die Arbeitsplätze zu sichern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine berufliche Zukunft zu ermöglichen

Unterzeichner/innen:

Hilde Mattheis, MdB SPD-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Ulm/Alb-Donau

Klara Dorner SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ehingen

Georg Mangold Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat Ehingen



Liebe Leserinnen und Leser!

Bewegte Zeiten sind das!

Wohl hat uns das Thema Bundespräsident beschäftigt, aber das war ein vergleichsweise kleines Problem. Wenn wir dagegen die europäische Finanzkrise sehen, die Unruhen in Syrien und was sich womöglich um den Iran noch alles zusammenbraut: Mancher in manch anderem Land würde gerne mit unseren Staatsproblemen tauschen.

Griechenland ist derzeit ein Thema. Es ist vieles nicht gut, so wie es läuft. Was aber ganz und gar nicht gut ist, dass nationalistische Töne reinkommen, in Griechenland ebenso wie in Deutschland. "Korrupte Griechen, die sich auf unsere Kosten einen faulen Lenz machen" in deutschen Medien und manchen Büttreden sind ebenso gefährlicher Unsinn wie Merkel mit Naziattributen in griechischen Zeitungen. Aber hallo! Solche Beleidigungen und Anhäufungen von böartigen Vorurteilen gegenüber ganzen anderen Völkern gab es gehäuft vor dem Ersten Weltkrieg. Wozu dieser geführt hat, unter anderem zum Zweiten, wissen wir zur Genüge.

Apropos Büttreden: Bei einer saarländischen Fastnachtsveranstaltung meinte ein (wirklich!) gescheiter Narr, das Saarland sei im Verhältnis zu

ganz Deutschland so etwas wie Griechenland zur EU - und er meinte damit nicht nur die Größe der Bevölkerung (siehe auch die Tabelle auf Seite 23).

Wir können misstrauisch oder böse sein in Bezug auf Großbanken, Spekulanten und ähnliche, die sich an allem noch goldene Nasen verdienen. Aber wir sollten schon sehen, dass "der kleine Mann" in Griechenland weder Hohn noch Spott verdient. Ihm geht's ans Eingemachte. Nicht jeder, der dort ein vierzehntes Monatsgehalt bezieht, muss deswegen schon ein hohes Jahreseinkommen haben ...

In Griechenland gibt's nach einem Jahr Arbeitslosigkeit vom Staat gar nichts mehr, noch nicht mal eine Art Hartz IV.

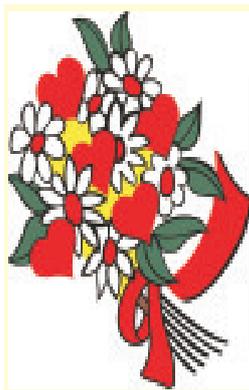
Gleichwohl: Es muss sich (auch) in Griechenland was ändern, und die Nazi-Anspielungen sind - vornehm ausgedrückt - wenig hilfreich.

A propos Bundespräsident: Die Medien haben ihre Wächterrolle wahrgenommen, sie haben aber auch den Unwillen der Bevölkerung zu spüren bekommen, als sie anfangen, gar zu Kleinkariertes auszugraben und der Eindruck einer Hetzjagd aufkam. Insofern war das alles letztlich normales demokratisches Vorgehen — bis hin zum Rücktritt.

Ludwig Dorner

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
20.	3.	Hubert Schelkle	55	1971	Walter Kraus	41
20.	3.	Amjad Saeed	71	1979	Stefan Enderle	33
				1976	Gitta Hörger	36

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchslle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben.

Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechslle@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.





SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Hilde Mattheis fordert von der Bundesregierung rasche Zusage für die Südbahn

Die Verzögerungstaktik der Bundesregierung bei der Elektrifizierung der Südbahn ist offensichtlich. Auf eine schriftliche Anfrage der Ulmer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis schrieb der Parlamentarische Staatssekretär Felemann:

"Ende 2011 wurden die Antragsunterlagen für die ersten beiden Planfeststellungsabschnitte dem Eisenbahn-Bundesamt (EBA) vorgelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Planfeststellungsverfahren geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 18 Monaten aus. Nach Einschätzungen der Bundesregierung könnte Baurecht voraussichtlich im Jahr 2014 erlangt werden. [...] Damit

erscheint ein Baubeginn für die Elektrifizierung der Gesamtstrecke im Jahr 2015 realistisch."

"Wenn die Südbahn - wie von Staatssekretär Felemann geschrieben - für den Bund tatsächlich ein prioritäres Vorhaben ist, dann muss sie im Investitionsrahmenplan 2011-2015 auch entsprechend in die Kategorie C eingeordnet werden", fordert Mattheis. Diese Kategorie ist für prioritäre Vorhaben mit fortgeschrittenem Planungsstand vorgesehen, die Baurecht bis 2015 erlangt werden kann. Das ist bei der Südbahn offensichtlich selbst bei der großzügigen Rechnung des Bundesverkehrsministeriums der Fall. Derzeit ist das Vorhaben noch in der Kategorie D für

Projekte im frühen Planungsstand eingeordnet, die erst nach 2015 begonnen werden können.

"Im aktuellen Landeshaushalt hat das Land bereits seinen 50prozentigen Finanzierungsanteil eingestellt. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die nötige Finanzierungsvereinbarung mit dem Land nicht weiter hinauszögert, damit schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden kann", so Hilde Mattheis, MdB. "Das Ziel, die Südbahn zwischen Ulm, Friedrichshafen und Lindau bis Ende 2015 zu elektrifizieren, darf nicht aufgegeben werden."

Siehe dazu auch den Beitrag ab Seite 8 zu den Aussagen oberschwäbischer CDU-Landtagsabgeordneter. - Red.

Reiseeindrücke aus Frankreich

Camping, Klos und Kathedralen (Forts.) — Ludwig Dörner

Einmal muss es angesprochen werden, das Klo. Lange genug war es jetzt angekündigt. Bisher haben wir über Freundlichkeit und Höflichkeit der Leute berichtet. Wir zeigten nette Städtchen und herrliche Kathedralen. Es gab was übers Essen zu erzählen und über unser Treffen mit lieben französischen Freunden. Alles gut, alles paletti, alles in bester Erinnerung. Nur bei den Toiletten, also da bleiben dann doch noch einige Wünsche offen. Es geht nicht um Autobahnraststätten. Das ist auch in Deutschland ein heikles Kapitel. Stichwort "Sanifair". Da strömen ganze Busladungen voller Touristen in die Toiletten der Raststätten und meist scharenweise gleich wieder zurück in den Bus. Dort hat man Essen und Trinken vorrätig. Manche meckern dann über die 70 Cent Benutzungsgebühr für den Toilettenbesuch. Dass da aber alles blitzsauber ist, gilt als selbstverständlich. Isst oder trinkt man was in der Raststätte oder kauft was ein, werden 50 Cent sogar wieder gutgeschrieben. Auf Parkplatz-Klos, wo höchstens ab und zu mal das Straßenbauamt vorbeiguckt, sieht es entsprechend besch... aus - wohlgemerkt, in Deutschland! Es sind viele Benutzer selbst, die sich herzlich danebenbenehmen. Von selbst fliegen keine Kippen oder gar leere Zigarettenschachteln in Urinale — und ähnliches mehr - pfui Teufel!



Samstag, 14. Jan. 2012

Zukunftswerkstatt familienfreundliches Ehingen

Joachim Schmucker, Stadtrat

Im Februar-Füchse sind in zwei Beiträgen Arbeitsmethode und Arbeitsatmosphäre eindrücklich geschildert worden. Beide Beiträge geben das wieder, was auch ich erlebt habe, einschließlich des vermissten Nachmittags-Kaffees. Unterstreichen möchte ich den Eindruck, mit welcher Lebhaftigkeit und Ernsthaftigkeit die TeilnehmerInnen diskutiert haben. Unausgesprochen war die Haltung spürbar: wir wollen die Zukunft unserer Stadt mitgestalten.

Ich möchte die beiden Beiträge mit einem "Ergebnisprotokoll" aus meiner Arbeitsgruppe ergänzen.

Arbeitsgruppe D: Lebensraum für Familien in Ehingen

Wie müssen Wohnen, Wohnumfeld und eine familiengerechte Infrastruktur gestaltet sein, damit Ehingen auch in Zukunft ein attraktiver Lebensmittelpunkt für Familien bleibt?

Stadtentwicklungskonzept

Bei der Bewertung der Diskussionsergebnisse stand der Wunsch nach einem Stadtentwicklungskonzept ganz oben. Einhellig wurde kritisiert, dass die Entwicklung der Stadt in den zurückliegenden Jahren nicht einem großen Plan gefolgt sei, sondern den Renditeerwartungen von Investoren. Die Gruppe war der Meinung, dass die Stadt wieder eine handelnde und steuernde Rolle einnehmen müsse (wie beispielsweise am Sternplatz) - und das auf der Grundlage eines Stadtentwicklungskonzeptes. Dazu brauche es aber eine unvoreingenommene Sicht von außen. Deshalb wurde an die Stadtverwaltung die Erwartung gerichtet, ein Pla-

nungsbüro mit der Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zu beauftragen.

Quartiersmanagement

Ältere Wohnquartiere sind in einem Umbruch. Beispielsweise die Fischersteige. Haus um Haus wird saniert und modernisiert, junge Familien ziehen ein, Kinderspielplätze sind wieder belebt. Und es leben immer noch viele Erstbesitzer in ihren Häusern, älter geworden, allein. Die einen brauchen Kinderbetreuung, eine Aufsicht auf dem Spielplatz, die anderen eine helfende Hand im Garten oder für eine schnelle Reparatur, oder gar Pflege. Viele Ansätze für nachbarschaftliche, gegenseitige, generationenübergreifende Unterstützung. Um ein solches Mehrgenerationenwohnen im Quartier entstehen zu lassen, braucht es eine Initiative. Jemand, der Ideen anstößt, Interessen zusammenbringt, Kontakte knüpft. Quartiersmanagement muss nicht viel Geld kosten, die Stadt braucht dafür keine Planstellen einzurichten. Quartiersmanagement könnte aus der Lokalen Agenda erwachsen. Aber für den Anfang braucht es einen Kümmerer.

Stadteilhaus am Wenzelstein

In der Diskussion über ein

Stadteilhaus wurden teilweise die gleichen Ideen angesprochen wie zuvor beim Quartiersmanagement. Nur geht der Blick über die unmittelbare Nachbarschaft, über die eigene Straße hinaus. Auch das Stadteilhaus dient dazu, die unterschiedlichen Generationen und die verschiedensten Bevölkerungsgruppen zusammen zu bringen. Oder ihnen Raum für ihre verschiedenartigsten Interessen zu geben. Am Wenzelstein unterhalten zwei Kirchengemeinden zwei Gemeindehäuser in unmittelbarer Nachbarschaft, die sich zu einem Stadteilhaus weiterentwickeln ließen. Das ist nur eine Frage des passenden Konzeptes und einer finanziellen Beteiligung der Stadt.

Treffpunkte für Jung und Alt

Sind Kinderspielplätze nur für Kinder da? Natürlich treffen sich auf Kinderspielplätzen auch Erwachsene. Eltern, die ihre Kleinen beaufsichtigen. Aber zieht es einen Erwachsenen, der keine Kinder hat, auf ein Schwätzchen zum Kinderspielplatz? Spielplätze könnten so gestaltet sein, dass sie für Familien und für Einzelpersonen, für Kinder und für Erwachsene gleichermaßen attraktive Treffpunkte wären. ■



CDU in Baden-Württemberg in der Opposition

Belämmert dreinschauen geht in Ordnung, aber nicht primitiv rausschwätzen

Ludwig Dorner

Am Montag, den 23. Januar, beschreibt die Schwäbische Zeitung (SZ) die Stimmungslage von vier oberschwäbischen Landtagsabgeordneten der CDU so: Sie "hadern mit ihrer kuriosen Situation". Gemeint ist, dass sie in ihren Wahlkreisen ja mit Mehrheit gewählt wurden, und dass die CDU auch landesweit mehr Stimmen als die anderen Parteien erhalten habe. Doch es reichte eben bekanntlich nicht zu einer Regierungsmehrheit. Und also ist die CDU in der Opposition angekommen. Das ist für gestandene CDU-Leute unbestritten sicher ein hartes Brot. Aber so läuft Demokratie nun mal. 's Rote Füchse würde über solche Selbstverständlichkeiten kein Wort verlieren, wenn es da nicht etwas zu beanstanden gäbe.

Neue Besen kehren gut. Es ist also logisch, dass eine neue Regierung auch Themen angeht, die zuvor vielleicht eher zu kurz kamen. Ich nenne

- Energiewende
- Straßenbau und Umgang mit Schulden
- Schule | Polizei

Man kann bei jedem dieser Themen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dies auch sagen. Unerträglich wird es mir aber, wenn dann ideologisch um sich geschlagen wird. CDU-"ideologisch" ist, dass sie Anderen "ideologisch" begründetes Handeln vorwerfen. Mit maßlosen Übertreibungen kann man alles zu nichte reden. Die eigenen Anhänger werden's zum Teil bejubeln, aber vernünftig denkende Menschen können diese Argumentation nicht mehr ernst nehmen.

Energie

Die vier CDU-Landtagspolitiker halten nichts von einer "Verschandelung der Landschaft" (SZ). Wer würde dem widersprechen? Dass im Falle eines atomaren Unfalls (siehe Japan) eine erheblich größere "Verschandelung" einträte, davon reden die Herren MdLs

Paul Locherer (Wangen), Rudolf Köberle (Ravensburg), Peter Schneider (Biberach) und Ulrich Müller (Bodensee-kreis) natürlich nicht. Dass niemand weiß, auch sie nicht, wo man mit dem atomaren Abfall hin soll, verschweigen sie auch. Und da fragt man sich schon, ob da und dort ein Grüppchen Windräder das derart riesengroße Problem darstellt.

"Oberschwaben großflächig mit Windrädern bestückt", sei "grausig". Ja, wenn man natürlich so tut, oder seine Wählerschaft für so dumm verkaufen will, dass bald von Ulm bis Friedrichshafen alle 100 Meter ein Windrad stehe, dann ist die Vorstellung schon "grausig". Wer schon mal in anderen Landschaften Deutschlands oder im europäischen Ausland war, sieht dort oft zahlreiche Windräder stehen, und - oh Wunder - die Leute überstehen's, und es gibt auch dort schöne Landschaften und Tourismus. Peter Schneider, Biberach, stellt sich in Gedanken auf den Bussen und sieht einen "wesentlichen Teil des Oberlands geopfert." Dass man in diesem Oberland auch Betriebe und Haushalte hat, die zusammen viel Strom verbrauchen, und dass man

diesen von weit her zukaufen muss, verschweigt der Herr Abgeordnete natürlich. Es passt ihm nicht ins Denkschema. Sein Kollege Ulrich Müller nennt Baden-Württemberg gar dicht besiedelt. Ja, der mittlere Neckarraum ist es, aber Oberschwaben ist es garantiert nicht. Und wenn ich schon auf den Bussen gehe und bei klarem Blick und ebensolchem Verstand ins Land blicke, dann werde ich künftig sicher da und dort immer wieder Grüppchen von Windrädern hinter einem Moränenhügel oder einem Waldstück hervorlugen sehen, aber es wird mir die Sicht quer übers Land kaum verstellen können. Es wären, proportional gesehen, nicht viel mehr als ein paar dünne Streichhölzchen. Hohe Silos, Hochspannungsleitungen und qualmende Fabrikschornsteine sind auch nicht schön, aber halt ebenfalls unvermeidbar. Diese scheinen die Vorstellungskraft des Bussenbesteigers indes (mit Recht) keiner negativen Erwähnung wert.

Aber sind wir ehrlich: Diese vier Herren MdL reden von Verspargelung und jagen den Leuten Furcht ein. In Wirklichkeit wollen sie die Atomkraft weiterhin glorifizieren,





Fortsetzung von Seite 8

was denn sonst? Ideologisch? Zufällig am gleichen Tag brachte das Fernsehen des Bayerischen Rundfunks (ist nichts Links-Kommunistisches, meine Herren Abgeordneten!) einen Beitrag, wie letztlich für 200 Millionen Europäer elektrische Energie aus Laufwasserkraftwerken erzeugt werden könnte, ohne dass oberirdische Bauten, sichtbare Stauwehre, großer Verbrauch an Gelände usw. erforderlich wäre. Alles kann in bestehende Bäche (!), Flüsse, nicht mehr benutzte Trinkwasserfallleitungen praktisch unsichtbar und ohne negative Folgen für das gesamte ökologische System eingebaut werden, und sogar die Fische können unbeschadet und ungehindert flussauf- und -abwärts wandern. In Versuchsanlagen funktioniert das System bereits.

In der Wachau (Österreich) werden vermutlich im kommenden Jahr in der Donau am Boden außerhalb der Schifffahrtsrinne verankerte Turbinen mit angeschlossenem Generator jeweils Strom für viele tausend Haushalte erzeugen können. Sie haben einen Durchmesser von 3-4 Metern, und aus dem Wasser guckt nur eine kleine Boje, die darauf aufmerksam macht. Fische bleiben auch hierbei nachweislich ungefährdet. Solche Dinge sollte man auch bei der CDU zur Kenntnis nehmen, statt die Menschen mit maßlos übertriebenen und daher erlogenen Horrorszenarien zu verunsichern. Freilich, wenn man so vorgeht, kann man leicht sagen: Man dürfe "die Rechnung nicht ohne den Bürger machen."

Die beiden MdLs Köberle und Müller werden von der SZ so zitiert: "Man könne nicht

,endlos Anlagen hinstellen". Was heißt denn hier "endlos"? Und beide Herren plädieren (SZ) außerdem "dafür, die regenerativen Energien zwar auszubauen, aber eben ,nicht unbedingt vor Ort".

Das sind mir aber zwei ganz Schlaue!
Oh heiliger Sankt Florian ...

Verkehr und Straßenbau

Auch da treten merkwürdige Widersprüche auf. Dies sei am Beispiel der Elektrifizierung der Südbahn dargestellt. Zum einen haben sich oberschwäbische (CDU)-Abgeordnete seit Jahren nicht nur dafür stark gemacht, sie haben auch deren Verwirklichung noch in jüngster Zeit immer wieder mehrfach in Aussicht gestellt. Dann wurden sie von Bundesverkehrsminister Ramsauer wieder zurückgepiffen, dann hieß es wieder, der Bau komme doch - und so ging es lange und bis dieser Tage hin und her. Jetzt plötzlich, weil es ja optisch womöglich ein "Verdienst" der grünroten Landesregierung wäre, rudert das Quartett auch gerne mal zurück: Kein Reisender merke, "ob er von einer elektrischen oder einer Diesel-Lok gezogen würde." Ja wie denn, die Herren? Plötzlich ist die Zeiterparnis von Ulm bis Lindau kein Thema mehr? Kein Thema mehr der Lokwechsel in Ulm? Alles nicht so wichtig? Haben Sie uns bisher also nur veräppelt? Oder darf's jetzt nur nicht mehr sein, weil es nicht mehr "ihre" Südbahn ist? Landauf landab hat die CDU den Leuten zum Straßenbau Versprechungen gemacht. Bald komme die Umgehung Rißtissen, bald komme die Querspange Erbach-B30, um nur zwei Beispiele aus unserer

Region zu nennen. Die neue Landesregierung stellt fest, dass alle diese Versprechungen der CDU/FDP gar nicht zugleich finanzierbar sind. Noch mehr Schulden will GrünRot nicht machen. Schon sind die genannten vier Herren MdLs im Pressegespräch wieder böse. Es schwelle ihnen gar der Kamm, schreibt die SZ. Sie beklagen, heißt es, die "radikale Ablehnung" neuer Straßen. Und das sei schlicht skandalös. Sind unhaltbare Versprechungen oder noch tiefere Verstrickung in Schulden nicht ein viel größerer Brocken? "Wo bleibt der Aufschrei der Medien?", fragt MdL Ulrich Müller. Vermutlich bleibt dieser aus, weil die Medien, vorab die im Oberschwäbischen beheimateten, durchaus längst begriffen haben, dass die neue Landesregierung so falsch gar nicht handelt, und auch nicht "ideologisch".

Ich meine, dies entsprechenden Kommentaren der regionalen Presse schon da und dort durchaus entnommen zu haben. Find ich richtig gut!

Schule | Polizei

Nur zur Ergänzung und daher kurz. Es war nicht Gesprächsgegenstand beim oben zitierten Gespräch der vier CDU-MdLs mit der Schwäbischen Zeitung. Aber sonst liest man es beinahe täglich, was die Landes-CDU zu weiteren Vorhaben sagt: Die Reform der Polizei-Verwaltungsstruktur sei ebenso "sozialistisch" wie die Gemeinschaftsschule, die sie als "Einheitsschule" beleidigt. Auf diesem primitiven Niveau kann man mit Ihnen eigentlich nicht mehr ernsthaft diskutieren, meine Herren CDU-MdLs. ■



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf

Evelyne Gebhardt ließ uns diesmal diese Informationen zukommen

„Zugang zu Bankkonto für alle“

„Ein Bankkonto gilt als Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Es ist unerlässlich, dass jeder Bürgerin und jedem Bürger in der EU der Zugang zu einem Bankkonto gewährleistet wird“, erklärt die sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt- und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, Evelyne Gebhardt.

30 Millionen Menschen im Alter von über 18 Jahren in der Europäischen Union haben allerdings keinen Zugang zu einem Bankkonto. Das Europäische Parlament hat daher eine Studie in Auftrag gegeben, die untersuchen soll, welche Vorteile mit der gesetzlichen Gewährleistung eines sogenannten Basiskontos zu erwarten wären.

„Auch wenig bemittelte Menschen, die für viele Geldinstitute wirtschaftlich unattraktiv erscheinen mögen, müssen teilhaben können an den Vorteilen der Online-Märkte, wie etwa kostengünstige Dienste und Preisnachlässe. Sie dürfen nicht mit hohen Gebührenkosten für Bargeschäfte belastet werden“, stellt Evelyne Gebhardt fest.

„Verbraucherrechte Reisender gestärkt“

Der Europäische Gerichtshof hat die Rechte von Reisenden bei einer Insolvenz des Reiseveranstalters erheblich gestärkt. „Auch wenn die Zahlungsunfähigkeit des Reiseunternehmens auf betrügerisches Verhalten zurückzuführen ist, so muss auch in diesem Fall dessen Versicherung den Reisepreis zurückerstatten und die Rückreise sicherstellen.“

Hintergrund des Urteils war die Klage eines Hamburgers gegen die Versicherung eines Reiseveranstalters, bei dem er eine Pauschalreise gebucht hatte. Diese konnte er aufgrund von dessen Zahlungsunfähigkeit aber nicht antreten. Die Versicherung weigerte sich zu zahlen, weil die Ursache der Zahlungsunfähigkeit in dem betrügerischen Verhalten des Reiseveranstalters lag.

„Europäischer Zahlungsraum ohne Grenzen“

Keine Veränderung bei Einzugsermächtigungen / Wegfall des BIC-Codes ab 2014

Das Europäische Parlament gab grünes Licht für die Umsetzung des vereinheitlichten

europäischen Zahlungsraums (SEPA) ab dem 1. Februar 2014. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in zähen Verhandlungen mit dem Ministerrat wichtige Forderungen zur Stärkung des Verbraucherschutzes durchgesetzt. „Geldtransfers innerhalb der EU werden künftig günstiger und schneller abgewickelt. Die Umstellung auf SEPA geschieht ganz im Sinne der Verbraucher. Denn alte Lastschrift-Aufträge und das bedingungslose Widerrufsrecht beim Lastschriftverfahren behalten auch im neuen System ihre Gültigkeit“, begrüßte der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten Dr. Udo Bullmann das Abstimmungsergebnis.

„Die Zusammensetzung der IBAN-Nummer ist ganz einfach“, erklärte Evelyne Gebhardt. Die neue Kontonummer IBAN setzt sich aus 22 Stellen zusammen: dem Länderkürzel 'DE', einer zweistelligen Prüfziffer sowie der bisherigen Bankleitzahl und Kontonummer. „Damit verliert die IBAN endgültig den unbegründeten Ruf als die Schreckliche.“





Gemeinderatssitzung in Ehingen am 26. Januar 2012

Thema unter anderem: Windkraft

Lutz Deckwitz



Am 26. Januar war ich in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung der Stadt Ehingen und habe Neues, aber auch Bekanntes erkennen müssen. Das Thema Windkraft und eventuelle Standorte war ein Tagesordnungspunkt, der natürlich in der Bürgerschaft ein besonderes Interesse weckte. Zahlreiche Landwirte waren unter den Zuhörern zu erkennen. In Erinnerung an die Windkraftveranstaltung der Stadt Ehingen und des Regionalverbandes Donau-Iller in der Lindenhalle (sie war nahezu voll besetzt) war das zu erwarten.

Wichtig wäre noch zu wissen: Das Land Baden-Württemberg hat beschlossen, dass ca. 10 % der regenerativen Energie aus Windkraft erzeugt werden sollen. Jetzt müssen sich die einzelnen Regionen darum kümmern bzw. diesen Plan fortschreiben. Wer hätte das gedacht: Mappus + Co. inklusive des örtlichen Landtagsabgeordneten von der CDU müssen sich kraft Gesetzes um Windkraft kümmern. Das ist doch ein Fortschritt!

Ein beauftragtes Ingenieurbüro, Firma Schmid, Treiber & Partner, war von der Stadt Ehingen beauftragt worden, auf Grund des Windatlasses des TÜV Süd konfliktfreie Standorte für Windkraftanlagen zu entwickeln bzw. vorzuschlagen, konfliktfrei = "überall - aber nicht bei mir". Dieses Unterfangen zu bewerkstelligen ist nicht leicht.

Seit Fukushima ist ja Atomstrom bekanntlich pfui (zu Recht), auch wider Erwarten bei der CDU, insbesondere bei Herrn Groß und seinen Parteikollegen. Auch diese Herren haben erkannt: unsere Gesellschaft muss sich intensiv um regenerative Energien kümmern.

Das Bekenntnis zur Windkraft aus dem Munde dieser Herren hat mich in Erstaunen versetzt.

Früher waren Windkraft und Solar fast Teufelszeug und nur ein Hirngespinnst der politischen Gegner. Fukuschima und unsere Kanzlerin haben die Gemeinderatsfraktion der CDU eingeholt.

Ein Mitarbeiter des Büros Schmid, Treiber & Partner stellte dann die Verfahrensweise vor. Ein Ausschlussverfahren, das alle möglichen Einsprüche berücksichtigt, wie Wohnortnähe, Naturschutz, Landschaftsbild, Schattenschwurf, Bundeswehr, Schallschutz und Windhäufigkeit. Zum besseren Verständnis sollte noch erwähnt werden, dass die Gegend um die Kernstadt Ehingen als sehr windträchtige Landschaft erkannt wurde. Im Windatlas des Deutschen Wetterdienstes war das noch nicht der Fall.

Anhand von Fotomontagen zeigte der Referent Standorte auf, die nach seiner Sicht möglich sind. Dabei zeigte er auch Bilder, die die negativen Auswirkungen auf die Landschaft darstellten und dass solche Standorte also ausscheiden

sollten. So konnte sich jeder im Saal eine genaue Vorstellung machen, wie das einmal aussehen würde. Das war hervorragend gemacht. Dies wurde auch von allen Fraktionen so gesehen.

Herr Glocker von der CDU hat meiner persönlichen Meinung nach eine konkrete Frage gestellt: "Wie viel Gelände braucht so eine Windkraftanlage?" Antwort: Vier Hektar Grundfläche. Und seine anderen Parteikollegen? Wieder meine persönliche Meinung: Worthülsen, Lippenbekenntnisse und „Groß-Spurigkeit". Herr Wiese erwies sich wieder einmal als ein Gemeinderat mit hohem Unterhaltungswert; sein Vorschlag, doch im Litzholz auf dem Müllgipfel eine Windkraftanlage zu positionieren, erzeugte vielseitiges Lachen im Raum. OB Baumann erklärte ihm, hier kann gar kein richtiges Fundament errichtet werden. Heinz Wiese dann: ob aus technischen Gründen? Unser Genosse Joachim Schmucker verwies auf Grund der Tatsache, dass Ehingen ein sogenanntes Windkraftzentrum werden könnte, Ehingen könnte in diesem Fall wieder etwas zurückgeben, was es vom Landkreis bekommen habe (z. B. Schulen). Und er fragte noch,





wie weit die Windkraft-Diskussion in anderen Regionen sei und ob dies prozentual dargestellt werden könnte. Aber, so mein Eindruck, die Stadtspitze konnte oder wollte ihn nicht verstehen.

Letztendlich zeichneten sich drei Standorte ab: Tiefenhülen/Frankenhofen,

Volkersheim und bedingt Deppenhäusen. Jetzt ist es Sache des Regionalverbandes, dies den Bürgern nahezubringen. Angela Scheffold von den Grünen hat dies richtig erkannt: Ich muss das ja meinen Mitbürgern in Volkersheim erklären, Volkersheim wird die größte Anlage bekommen.

Abschließend möchte ich vermerken: Regenerative Energie und die Folgen wären auch einmal ein Thema beim Dienstags-Treff. Oder man könnte sich einmal eine solche Windkraftanlage aus der Nähe betrachten, sofern bei unseren Mitgliedern Interesse besteht. ■

Sehr geehrte Damen und Herren der wichtigen Ehinger Presseorgane* "Rotes Fuchsle", Schwäbische Zeitung und Südwestpresse,

(* Originalreihenfolge des Verfassers! - Red.)

anlässlich der Windrad-Info-Versammlung in der Lindenhalle und der zugehörigen Diskussion danach im Ehinger Gemeinderat möchte ich Ihnen den nicht ganz ernst zu nehmenden Leserbrief zur Veröffentlichung übermitteln:

Die Ehinger CDU-Größen haben es derzeit nicht leicht.

Jahrzehntelang sind sie als aufrechte Ritter gegen die "Verspargelung" unserer Landschaft durch Windräder zu Felde gezogen. Jetzt plötzlich wird von ihrer Berliner Chefin Spargel-Diät verordnet, und der lokale Sternekoch serviert gar ein gleich zu Anfang mehr als üppiges (Spargel-Stellflächen-)Menü. So was schlägt manchem auf den bisher spargelfreien Magen ...

Da ist es naheliegend, dass der Wunsch zum Vater des Gedankens wird: dass man jeden auch noch so dünnen Grashalm ergreift, ... und wenn er "Sappi" heißt.

Ein kurzer Blick in die öffentlich zugänglichen Daten genügt, Jubel!!! Ehingen ist bereits zu mehr als hundert Prozent mit regenerativer Sappi-Energie versorgt (jedenfalls verkündeten das OB Baumann und einige CDU-Stadträte).

Ja, wozu brauchen wir dann noch all diese hässlichen Windräder????! Heiliger Sankt Florian, setz' diese Spargel doch ins Meer, oder eben dahin, wo der Spargel wächst, aber nicht vor unseren heiligen Bussen-Berg!

Womöglich vermehren sie sich sonst noch, wie es diesem Heiligen Ort für den menschlichen Nachwuchs nachgesagt wird.

Anlässlich der nächsten Ehinger Ratssitzung (und hier ist nicht der Narrenrat gemeint!), bei der die lästigen Grünen alle möglichen Zahlen zu Strombezug und Stromverbrauch anfragten, wurde, oh Schreck, klar: Sappi produziert bei der Zellstoffproduktion mehr Energie, als alle Ehinger Haushalte verbrauchen. Sappi verbraucht aber auch für seine Papierfabrikation weit mehr, als das Werk per Holzverbrennung entsprechend dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ins öffentliche Netz an Strom eingespeist hat und was Sappi auch vergütet wird.

In der Regel gut unterrichteten Kreisen zufolge soll OB Baumann tatsächlich zwischen Vorstellung des Regionalplans und darauf folgender Ratssitzung der Muckenspritzer-Stadt am Bussenberg gesehen worden sein. Aus CDU-Kreisen wurde berichtet, dass er mit unserem (CDU-)Landtagsabgeordneten Wichtiges zu bereden hatte.

Da Herr Baumann aber ein aufrechter Katholik ist, darf man sich sicher sein, dass er eigentlich eine BUSSEN-WALLFAHRT gemacht hat. Und was hätte da anderes herauskommen können als ein Wunder??? ... eben eine zuvor als ausgeschlossen geltende Vermehrung von Standorten für Windrad-Spargel

Dr. Michael Rettenberger, Ehingen ■





Damals im März

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren (1922): Geburtstag von Egon Bahr

Der gelernte Journalist und "Architekt" der Entspannungspolitik, Egon Bahr (SPD), wurde am 18.3.1922 in Treffurt/Thüringen geboren. Durch seine journalistische Tätigkeit (nach dem Krieg für verschiedene Berliner Zeitungen; 1950-60 Chefkomentator des RIAS) empfahl er sich für die Politik. So wurde er 1960 Leiter des Presse- und Informationsamts in Berlin und enger Vertrauter Willy Brandts, damals Regierender Bürgermeister. In der großen Koalition (1966-69) leitete er den Planungsstab des Auswärtigen Amtes. Danach wurde er Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt. Egon Bahr hatte schon 1963 die Formel "Wandel durch Annäherung" geprägt. Die Grundzüge einer neuen Entspannungspolitik hatten Brandt (als Außenminister) und Bahr schon in der Großen Koalition gelegt. Umgesetzt werden konnte die Politik erst nach dem Regierungswechsel. In zahlreichen, teils schwierigen Verhandlungsrunden bereitete er die Entwürfe für den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag (Moskauer Vertrag 1970), den Warschauer Vertrag mit Polen (1970) und den Grund-

lagenvertrag mit der DDR (1972) vor. Nach dem Rücktritt Brandts 1974 wurde er im Kabinett Helmut Schmidt Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (bis 1976). Danach übernahm Egon Bahr bis 1981 das Amt des Bundesgeschäftsführers der SPD und ab 1984-94 die Leitung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Anschließend war er Honorarprofessor an der Uni Hamburg. Sein Bundestagsmandat hatte er von 1972 bis 1990 inne.

's Rote Füchsle gratuliert dem Genossen Egon Bahr herzlich zum 90. Geburtstag und wünscht ihm alles Gute.

Vor 60 Jahren (1952): NS-Vergangenheit

Alte Seilschaften und Verstrickungen des Außenamtes mit nationalsozialistischen Verbrechen hatte erst kürzlich eine Expertengruppe nachgewiesen. Aber schon vor 60 Jahren übte der Bayerische Rundfunk in einer Sendung am 17.3. Kritik an der Personalpolitik des wieder im Aufbau begriffenen Auswärtigen Amtes (Außenministerium). Personalchef des neuen Ministeriums wurde das ehemalige NSDAP-Mitglied Herbert Dittmann. So wie er wurden auch die meisten Beamten aus dem

Personal des nationalsozialistischen Amtes rekrutiert. Laut Bayerischem Rundfunk waren von 19 leitenden Beamten der Personalabteilung 18 schon für das alte Auswärtige Amt tätig. Davon waren 14 Mitglied der NSDAP. Ferner wurde berichtet, dass auch alle 10 Referatsleiter der politischen Abteilung Parteimitglieder und Mitarbeiter des Außenministers Ribbentrop waren, der bekanntlich zum Kreise derjenigen gehörte, die in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurden.

Der Bericht sorgte in Bonner Regierungskreisen für Unruhe, die sich aber bald legte. Zumal sich auch die meisten Bundesbürger - typisch für die Nachkriegszeit - kaum darüber aufregten.



Ein deutsches Außenministerium - offizielle Bezeichnung schon seit dem Kaiserreich Auswärtiges Amt (Abk. AA) - gab es nach Gründung der Bundesrepublik noch nicht. Im Besatzungsstatut von 1949 hatten sich die drei Westalliierten die Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik vorbehalten. Nach der Milderung des Statuts wurde 1951 die Einrichtung eines Außenministeriums erlaubt. Bundeskanzler Adenauer übernahm das Amt des Außen-



Fortsetzung von Seite 13

ministers zusätzlich. Er hatte es abgelehnt, dieses wichtige Amt einem anderen Politiker anzuvertrauen. 1955 gab er schließlich nach. Heinrich von Brentano (CDU) wurde Außenminister in seinem Kabinett.

Ebenfalls vor 60 Jahren: Wahlen in BW

Nach der Volksabstimmung über die Gestalt des Landes

fanden im neuen Bundesland Baden-Württemberg die ersten Landtagswahlen statt (8.3.). Die CDU wurde stärkste Partei mit 36,0 %. Die SPD erhielt 28,0 %. Auf 18,0 % kam die FDP, BHE* 6,3 % und KPD auf 4,4 %. Im Vergleich dazu die Ergebnisse zur Bundestagswahl 1949 in diesem Stimmbereich: CDU 39,6 %, SPD 23,9 %, FDP 17,6 % und KPD 6,4 %.

*BHE: "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten". Eine 1950 gegründete Partei als Interessenvertretung der Vertriebenen; ging 1952 im Gesamtdeutschen Block/BHE auf, der nationalistische Ziele verfolgte und sich wiederum 1961 mit der Deutschen Partei zur Gesamtdeutschen Partei verschmolz (Programm konservativ-nationalistisch).



Martin Schulz
Präsident des
Europaparlaments

Peter SIMON MdEP:

"Das Europaparlament hat Zähne. Und der neue Präsident wird sie auch zeigen"

Sozialdemokrat Martin Schulz neuer Präsident des Europaparlaments

Das Europäische Parlament hat mit breiter Mehrheit den Sozialdemokraten und Vorsitzenden der sozialdemokratischen /sozialistischen Fraktion zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

"Er ist genau der richtige Mann am richtigen Ort zur richtigen Zeit. Als leidenschaftlicher und überzeugter Europäer wird er nicht nur für die Rechte des Europäischen Parlaments und gegen die zwischenstaatliche Hinterzimmerpolitik der Staats- und Regierungschefs kämpfen, sondern die Bedeutung und Rolle des Europäischen Parlaments auch wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Mit Martin Schulz gibt es nur einen Weg aus der Krise. Dieser heißt wider jegliche Renationalisierungstendenzen:

Mehr Parlament, mehr Demokratie, mehr Europa, so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Peter SIMON.

"Seit Jahren setzt sich Martin Schulz vehement für die Stärkung des Europäischen Parlaments im Gefüge der europäischen Institutionen ein. Das Europaparlament braucht gerade jetzt eine solch starke Stimme", unterstreicht Peter SIMON. "Mit Martin Schulz als Präsident werden sich die anderen Institutionen und die Staats- und Regierungschefs daran gewöhnen müssen, dass ihnen das Europäische Parlament jederzeit ausnahmslos und ohne Abstriche auf Augenhöhe begegnet."

"Wir sind in den nächsten Monaten und Jahren vor enorme Herausforderungen gestellt, um Europa wieder auf den Kurs zu bringen. Mit Martin Schulz an der Spitze wird das Europäische Parlament ohne Wenn und Aber für ein demokratisch legitimes Europa der Bürgerinnen und Bürger kämpfen und entschieden gegen ein Europa der Regierungen und der nationalen Egoisten eintreten. Damit werden wir einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht", so Peter SIMON abschließend.

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, Tel. 0033/388175558 ■

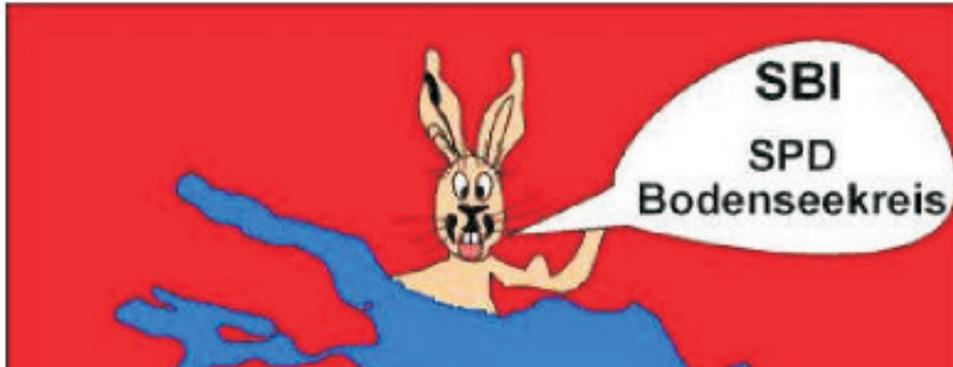




Ausgabe 125

31. 01.2012

„Der Rote Seehas“



Wir gratulieren dem unermüdlichen Roten Seehas zu seiner 125. Ausgabe.

Und wir gratulieren ...

„Kämpferin für ein soziales Europa“

Integrationspreis für Evelyne Gebhardt

Evelyne Gebhardt bekam am 21. Januar in Heilbronn den Integrationspreis der Europäischen Gesellschaft Diaphania e.V. verliehen. Begründet wurde die einstimmige Entscheidung des Kuratoriums mit ihren großen Leistungen für die politische Integration Europas, für die sie auch durch ihre persönliche Migrationsgeschichte ein hervorragendes Beispiel darstellt.

Als Laudator war Hannes Swoboda, neugewählter Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, eigens aus Brüssel angereist. In seiner Laudatio betonte er die großen Verdienste von Evelyne Gebhardt, er würdigte die Hohenloherin mit Wurzeln in Paris als eine erfolgreiche Kämpferin für ein soziales Europa und für die Integration der Schwächeren in die Gesellschaft.

Die Ehrenvorsitzende der Diaphania e.V. Carmen Würth betonte ebenfalls das große Engagement von Evelyne Gebhardt, die die EU als Friedensprojekt begreife und vorantreibe und die europäische Einigung nicht nur als einen Weg zur wirtschaftlichen Optimierung verstehe.

In ihrer Dankesrede zeigte sich Evelyne Gebhardt gerührt ob des Lobes und der Glückwünsche und würdigte den Einsatz der Europäischen Gesellschaft Diaphania e.V. für die Völkerverständigung als beispielhaften Einsatz für das friedliche Zusammenleben der Kulturen. Gleichzeitig mahnte sie jedoch, in den Anstrengungen für eine weitere Einigung Europas nicht nachzulassen und Bedrohungen der Demokratie und der pluralen Gesellschaft kraftvoll entgegenzutreten.

Neben Gebhardt wurde auch Ivan Saric, Sozialarbeiter aus Heilbronn, mit dem Integrationspreis der Diaphania ausgezeichnet. In seiner Würdigung dankte Bürgermeister Harry Mergel Saric für seine großen Verdienste um den Integrationsbeirat in Heilbronn und zeigte sich beeindruckt über seinen außergewöhnlichen Lebensweg.

Bereits zum zehnten Mal wurde der Integrationspreis der Diaphania e.V. verliehen, die Europäische Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales e.V. hat sich inzwischen regionsübergreifend einen Namen gemacht und eine Vielzahl von herausragenden Projekten, Vereinen und Personen ausgezeichnet, die sich um die Integration verdient gemacht haben. Sie setzt sich für die Völkerverständigung ein, fördert die europäische Kunst und Kultur und trägt mit innovativen Projekten zu Frieden, Menschlichkeit und Toleranz bei. ■



Information zum Thema Landesstraßen (Januar 2012)

Martin Rivoir MdL

Straßenbau: Erheblicher Nachholbedarf nach jahrelangem Sanierungsstau

Mittel für Straßensanierung werden im Haushalt 2012 von geplanten 50 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro verdoppelt

Baden-Württemberg ist als starker Wirtschaftsstandort und als Transitland auf eine gut ausgebaute und intakte Straßeninfrastruktur angewiesen.

Bilanz schwarz-gelber Verkehrspolitik

Die grün-rote Landesregierung hat bei Regierungsübernahme einen Landesstraßenzustand übernommen, der sich einfach und bitter zugleich darstellt: Laut dem Straßenzustandsbericht aus dem Jahr 2008 sind rund 44 Prozent der Landesstraßen akut sanierungsbedürftig.

Stil der CDU war es, landauf landab jedem alles vage zu versprechen, die Mittel für die entsprechenden Projekte aber nicht in die Haushaltspläne einzustellen.

Damit hat die alte Landesregierung seit Jahren eine Politik wider besseres Wissen

gemacht. Nach Berechnungen des Landesrechnungshofs wären nämlich jährlich 100 Mio. Euro für den Erhalt der Landesstraßen notwendig. Tatsächlich sind dafür seit 1995 im Durchschnitt nur 40,7 Mio. Euro pro Jahr aufgewendet worden. Das Strohfeuer der schwarz-gelben Landesregierung in den Jahren seit 2009 hat zwar die Lücke zwischen Mittelausstattung und Bedarf verringert, aber nicht geschlossen.

So wurden 2011, sicherlich der Landtagswahl geschuldet, einmalig 105 Mio. Euro ausgegeben. Die darin enthaltenen Sondermittel des Landesinfrastrukturprogramms (LIP) muss die neue Landesregierung in den Jahren 2012-14 mit jeweils über 23 Mio. Euro refinanzieren. Weitere 95 Mio. Euro dienen der Refinanzierung von alten L-Bank-Krediten zum Straßenbau. Geld, das Grün-Rot jetzt in der Kasse fehlt.

Mehr Geld für den Erhalt von Landesstraßen 2012 — Haushalt 2012:

- Erhalt/Sanierung: 100 Mio. Euro
- Aus-/Neubau, Ortsumfahrungen: 32 Mio. Euro
- Bau von Radwegen: 1,5 Mio. Euro

Mit den zusätzlichen Mitteln soll zunächst der Sanierungsstau aufgelöst und der Zustand der bestehenden Landesstraßen verbessert werden.

Entgegen vielen Befürchtungen werden bereits begonnene Aus- und Neubaumaßnahmen fertig gestellt.

Erst danach können neue Maßnahmen begonnen werden, da es uns leider nicht gelungen ist, die Mittel für den Aus- und Neubau auf ihrem bisherigen Niveau zu halten.

Aber wir wollen in einem nächsten Schritt auch die finanziellen Mittel für den Aus- und Neubau von Landesstraßen und Ortsumgehungen aufstocken. ■

Fortsetzung von Seite 6

In Frankreich würde ich mir das System Sanifair also durchaus auch wünschen. Und ich würde mir wünschen, dass es EU-einheitliche Vorschriften über die Zahl der Toiletten in Gaststätten gibt. In Pornic (Bretagne) war es zum Beispiel genau EINE Toilette, für Männlein und Weiblein gemeinsam, also eine WC-Schüssel (kein Urinale), hinter abschließbarer Tür. Es war eine gut besetzte Speisegaststätte mit zahlreichen zusätzlichen Terrassensitzplätzen. Man stelle sich die Warteschlange vor dem Klo vor! Pornic war keine Ausnahme. Seltene, schlecht zugängliche (Hinterhof/treppauf/treppab/...) Toiletten, unbeleuchtet, eng = halb so groß wie eine Telefonzelle - alles das haben wir häufig erlebt. Nein, das war nicht schön! Da lob ich mir einheimische Lokalitäten!!!

Auf dem großen, schön angelegten Familiencampingplatz in Plozevet war der einzige Ausguss für die Chemietoiletten zehn Tage lang gesperrt. Man musste sein tragbares WC in einem "normalen" Klo entleeren. Rundum-Spritzer sind schwer vermeidbar und für den Nachbenutzer wenig erfreulich. Und da gibt's natürlich auch keinen Wasserschlauch zum Sauberspritzen. Es schien niemand zu stören ...

Ich habe jetzt einige konkrete Einzelfälle genannt, aber der Eindruck ist - bis auf Ausnahmen, die es natürlich auch gibt - schon, sagen wir, noch allgemein stark, sehr stark verbesserungsbedürftig. ■



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

Herzlichen Glückwunsch an unseren Abgeordneten

Prof. Dr. Jürgen Meyer wird vom Deutschen Bundestag in den EU-Konvent gewählt. Die Südwestpresse: "... soll die Krönung der Arbeit von Jürgen Meyer sein." Er soll eine europäische Verfassung mit ausarbeiten. Natürlich wird auch die von ihm maßgeblich mitverfasste EU-Grundrechtecharta "eine wichtige Basis der kommenden Verfassung sein."

Fuchsles-Druck in guten Händen

Seitdem und bis heute steht's im Impressum auf Seite 2, wer 's Rote Fuchsle druckt: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen. Damals noch in Schwarz-Weiß, jetzt schon längere Zeit in Farbe.

"Kreisverkehr — macht in Ehingen viel her!"

Die damaligen Ehinger Jusos machen eine Straßenumfrage und stellen fest: 83% der befragten Bürger Ehingens finden, dass Kreisverkehr für flüssigen Verkehr sorgt und auch in Ehingen vonnöten sei.

Weitere Themen von 2002 in Stichworten

- Spendenaufruf, diesmal mit beigelegtem Überweisungsvordruck
- 1989 hatte Gerhard Schröder im Wahlkampf versprochen, die Arbeitslosigkeit auf 3,5% zu senken. Und jetzt, 2002, will Kanzlerkandidat Stoiber im Falle seiner Wahl "sogleich" 900.000 Niedriglohn-arbeitsplätze schaffen.
- "Etwa doch wieder SPD wählen? — Ja, eigentlich schon!" Zu diesem wohl begründeten Fazit kommt ein Beitrag des Blattmakers.
- Zur Pisa-Studie: Wo immer man hinsieht, sind Hinz und Kunz massenhaft entweder nicht willens oder nicht in der Lage, selbst einfache Sprachregeln einzuhalten. Aber bei Lehrlingen wird beklagt, dass sie nicht richtig schreiben könnten.

☒ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

Klärle Dorner, Kreisrätin

Im Zeitraum bis 5. März keine Sitzung im Kreistag.

Evelyne Gebhardt MdEP

- Di. 17. Januar 2012: Heute haben wir mit Martin Schulz einen neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Ich meine: Martin ist der Richtige, um Mercozys europäische Hinterzimmerpolitik wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und unserer Stimme besseres Gehör zu verschaffen. Nachdem Martin nun allerdings der fünfte Mann in Folge ist, der das Amt als Präsident bekleidet, hoffe ich in der kommenden Wahlperiode wieder auf eine Präsidentin. JA
- Do. 19. Januar 2012: Strengere Gesetzesauflagen und eine bessere Etikettierung ("mindestens haltbar bis" und "zu verbrauchen spätestens bis") sollen die Verschwendung von Nahrungsmitteln einschränken. Derzeit wird rund die Hälfte aller Lebensmittel in der EU verschwendet. Das macht derzeit 89 Mio. t pro Jahr (179 kg pro Kopf). Wenn wir nicht tätig werden, steigt die Zahl bis 2020 auf 126 Mio. t an. Ich meine: Wir können bei der Verschwendung absolut einwandfreier Lebensmittel nicht länger tatenlos zusehen. Das ist ein ethisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, dem wir uns stellen müssen. JA
- Do. 19. Januar 2012: In der Europäischen Union werden noch immer zu viele kaputte Kühlschränke, Handys, Computer und Elektronik-Gadgets weggeworfen und damit wertvolle Rohstoffe vergeudet. Am Donnerstag stimmten die Abgeordneten daher für strengere Recyclingauflagen. Die Novellierung der Richtlinie zu Elektro- und Elektronik-Altgeräten (WEEE) bietet Verbrauchern zudem die Möglichkeit, kleine ausgesonderte Geräte an Verkaufsstellen zurückzugeben. Außerdem wird der Verwaltungsaufwand für Händler verringert. JA
- Di. 14. Februar 2012: Das Europäische Parlament hat grünes Licht für die Umsetzung des vereinheitlichten europäischen Zahlungsraums (SEPA) gegeben. Die Kontonummern bestehen dann ab dem 1. Februar 2014 aus dem Länderkürzel 'DE', einer zweistelligen Prüfziffer sowie der bisherigen Bankleitzahl und Kontonummer. Unternehmer und Verbraucher können damit zukünftig ihren gesamten Euro-Zahlungsverkehr über ein Konto bei einer beliebigen Bank in der Europäischen Union abwickeln. Als Berichterstatterin für den Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz war mir wichtig, dass die laufen-





den Lastschrift-Aufträge und das bedingungslose Widerrufsrecht beim Lastschriftverfahren erhalten bleiben und außerdem die Banken uns Bürger und Bürgerinnen spezifisch und umfassend über den Wechsel informieren müssen. Weil wir das durchgesetzt haben und Grenzen beim Zahlungsverkehr unnötige Grenzen in Europa sind: JA

- Mi. 15. Februar 2012: Milch-erzeuger in Europa können sich künftig zu Erzeugerorganisationen zusammenschließen, die stellvertretend für sie Preisverhandlungen mit den verarbeitenden Betrieben führen können. Damit erhalten Milchbauern bei der Milchpreisgestaltung eine bessere Verhandlungsposition. Die Regelung ist aber ein Kompromiss mit dem Europäischen Rat. Anders als von uns gefordert soll nämlich jeder EU-Mitgliedsstaat selbst entscheiden, ob er eine Pflicht zum Vertragsabschluss zwischen Erzeuger und Abnehmer einführt oder nicht. Ich meine: Die neue Regelung sorgt noch nicht für faire Milchpreise. Daher dürfen wir bei der anstehenden Agrarreform kleine und mittlere Milchbauern nicht vergessen. Dennoch: JA

- Do. 16. Februar 2012: Mit Stimmen der Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und der Linken hat das Europäische Parlament eine Resolution gegen die Beschneidung der Demokratie durch die Regierung Viktor Orbáns in Ungarn verabschiedet. Wir fordern in der Resolution die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der ungarischen Justiz und der ungarischen Notenbank nicht nur im

Worte, sondern auch im Geiste der gemeinsamen europäischen Werte. Wir fordern die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Datenschutz, Informationsfreiheit und des Verfassungsgerichts. Wir fordern Medienfreiheit und -pluralismus nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Ich meine: Erschreckend, wie in Ungarn Grundfesten der Demokratie staatsstreichartig zerstört werden. Erschreckend auch, dass reine Machtgier die Konservativen im Europäischen Parlament dazu drängt, diese Resolution nicht zu unterstützen. JA

Manfred Hucker, Stadtrat

- Vergabe der Ingenieurleistungen für die Planung und Bauleitung Tieferlegung der Staße unter der B492 in Ehingen-Berkach -----JA
- Bebauungsplan 5. Erweiterung Liebherr-Satzungsbeschluss -----JA
- 3. Änderung Flächennutzungsplan Ehingen, 3.+ 5. Erweiterung Liebherr- Entwurfsbeschluss ----JA
- Bebauungsplan Freiflächenphotovoltaikanlage Tongrube Rißtissen-Aufstellungsbeschluss -----JA

Georg Mangold, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender

Bei der Sitzung am Do., 26.1.2012, habe ich wie folgt abgestimmt:

- 1. Neubesetzung Gutachterausschuss (GA): Er wurde durch sogen. Einigung neu bestimmt. Dem Vorschlag in der Sitzungsvorlage hat niemand widersprochen, also ist er angenommen. Die SPD-Fraktion ist im GA vertreten; neu: Wolf-Rüdiger Stummer alt: Georg Mangold

- 2. Zustimmung für Ingenieurleistungen an das Büro Pirker und Pfeiffer. Er soll die Grundlage schaffen, dass noch in diesem Jahr die Brücke in Berkach tiefer gelegt wird und dann auch größere LKW durchfahren können.

- 3. Zustimmung zum Satzungsbeschluss 5. Erweiterung Liebherr. Nun kann der Verkehrsübungsplatz im Verhältnis 1:1 umgelegt werden. Liebherr kann dann sein Betriebsgelände sinnvoll abrunden. Eine wichtige Maßnahme. Ich hoffe, dass die Lärmschutzmaßnahmen (Wall) für die betroffenen Bürger einen wirklichen Schutz bringen.

- 4. Zustimmung zum Bau einer Freiflächenfotovoltaikanlage in der Tongrube Risstissen. Diese Anlage kann nur entstehen, weil der betroffene Boden als "Konversionsfläche" gilt. Das heißt, er ist als Auffüllfläche der ehemaligen Tongrube "belastet" und für die Landwirtschaft (LW) unnutzbar. Damit wird also der LW keine Fläche entzogen.

- 5. Die Vorlage "Standorte für Windenergieanlagen" war eine Vorberatung ohne Beschluss. Für die bisherigen Standorte möchte ich auf die örtl. Presse verweisen. Es kann hier nicht dargestellt werden. Endgültiger Beschluss dann in der nächsten oder übernächsten Sitzung des GR.

Hilde Mattheis MdB

Donnerstag, 19. Januar 2012

- Antrag SPD: „Verbraucherschutz stärken – Honorarberatung etablieren“ – Zustimmung
- Antrag CDU/CSU und FDP: „Altersbilder positiv fortentwickeln – Potentiale des Al-





ters nutzen“ – Ablehnung

- Antrag CDU/CSU und FDP: „Keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen“ – Ablehnung
- 2./3. Lesung Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes, des Saatgutverkehrsgesetzes und des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches“ – Ablehnung
- 2./3. Lesung SPD Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Mindestlohnes“ – Zustimmung

Freitag, 27. Januar 2012 12:11

- CDU/CSU und FDP-Entwurf eines Zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetzes: Ablehnung
- Antrag SPD "Kooperativen Bildungsföderalismus mit einem neuen Grundgesetzartikel stärken": Zustimmung
- Antrag der Bundesregierung

"Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage..." - Ablehnung (namentliche Abstimmung)

- Antrag SPD "Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken": Zustimmung
- Antrag SPD "DDR-Altübersiedler und -Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen - Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern": Zustimmung
- Antrag SPD "Kultur für alle - Für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation": Zustimmung

Martin Rivoir MdL

9./10. Nov. 2011

- 1.) Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes, Drucksache 15/631: Ja
- 2.) Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze Drucksache 15/688: Ja
- 3.) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glückspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag), Drucksache 15/690: Ja

Joachim Schmucker, Stadtrat

Mein (A)bgestimmt aus der GR-Sitzung am 26.01.2012

- 5. Erweiterung Liebherr ja, weil es den Standort Ehingen sichert
- Bebauungsplan Tongrube Rißtissen; Freiflächenphotovoltaikanlage: ja, weil wir jede Möglichkeit zur Gewinnung regenerativer Energie nutzen sollten ■

Zukunftswerkstatt Ehingen — Bürgerschaft engagiert sich



OB Alexander Baumann begrüßt die große Nicht-nur-Zuhörer-sondern-auch-Mitgestalterschaft. Arbeit in mehreren Kleingruppen ('s Rote Füchsele berichtete mehrfach ausführlich). Mensa und Zehntklässlerinnen der gastgebenden Längensfeldschule sorgten fürs leibliche Wohl.

Fotos mit freundlicher Genehmigung der Stadt Ehingen von Angelika Gaschler ■



Exklusiv-Beitrag für 's Rote Füchse



Ist der EURO noch zu retten? Euro-Troika der besonderen Art - Bundesbank, Europaparlament und Protestbewegung Occupy diskutieren zur Eurokrise

Persönliche Nachlese auf eine spannende öffentliche Diskussionsveranstaltung
von MdEP Peter Simon (Foto oben)

Von Europamüdigkeit und allgemeinem politischen Desinteresse war an diesem Abend Anfang Februar in Mannheim nichts zu spüren. Über 350 Interessierte waren meiner Einladung zu der öffentlichen Diskussionsveranstaltung "Ist der Euro noch zu retten?" gefolgt.

Wann hat man schon einmal die Möglichkeit, einen Vorstand der Bundesbank, einen Vertreter der weltweiten Protestbewegung Occupy und ein Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments zum Thema Euro an einem Tisch zu erleben?

Die 150 Minuten einfach auf den Punkt zu bringen, fällt schwer. Dafür war das Themenspektrum zu groß, ist die aktuelle Situation zu komplex und die Antworten der Podiumsteilnehmer zu vielfältig. Die derzeitigen Entwicklungen in Griechenland und Europa waren zwar Ausgangspunkt der Diskussion, doch schnell wurde klar, dass es letztendlich um einen grundlegenden Mentalitätswandel geht. Der muss natürlich durch eine stärkere demokratische Legitimation und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gerade bei Entscheidungen, die die Zukunft Europas betreffen, gefördert werden. Aber er beginnt auch bei jedem Einzelnen selbst:

Wir brauchen eine Abkehr von der Rendite-Gier.

Anstelle der "höher, weiter, schneller" - müssen wieder die

"nachhaltig und solide"-Mentalität ins Bewusstsein der Menschen rücken und die Finanzmärkte in diesem Sinne wieder stärker kontrolliert werden.

Es lohnt sich für Europa und den Euro zu kämpfen.

Und das hat weniger mit Alternativlosigkeit als vielmehr mit fester Überzeugung zu tun: "Wir fühlen uns inzwischen als Europäer" war das Credo der meisten Meldungen aus dem Publikum. Ein realitätsfernes Plädoyer für Europa war es aber beileibe nicht. Dass der Weg aus der Krise hart und lang sein wird, kam an diesem Abend ebenso zur Rede wie die Erkenntnis, dass als eine zentrale Lehre aus der Krise die Finanzmärkte stärker reguliert und transparenter werden müssen. Dazu gehört das Verbot bestimmter Finanzprodukte wie z.B. des computergesteuerten Hochfrequenz-Handels genauso wie eine stärkere Kontrolle der Schattenbanken. Es gibt keine Patentlösungen. Notwendige Rahmenbedingungen für ein langfristig erfolgreiches Europa, sei es nun z. B. durch eine Fiskalunion oder eine

Finanztransaktionssteuer, müssen geschaffen werden.

Klar ist aber auch, dass es uns gelingen muss, Perspektiven zu schaffen. Perspektiven an den Finanzmärkten durch Haushaltskonsolidierung, Stabilität und ein noch stärkeres Zusammenwachsen von Europa. Perspektiven für die Menschen in den hilfsbedürftigen Ländern durch gezielte Wachstumsinitiativen.

Totsparen ist keine Alternative, sondern verschlimmert die Lage nur.

Wir brauchen aber auch - und das wird zu oft vergessen - eine Perspektive für die Menschen in den Ländern, die in Solidarität mit den europäischen Nachbarn vielleicht jetzt erst einmal zahlen. Die müssen wissen, dass das, was sie tun nicht nur zu fremdem, sondern auch zum eigenen Nutzen ist. Der "Mehrwert Europa" und die gemeinsamen Errungenschaften und Grundwerte wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Meinungsfreiheit und Bürgerrechte als Identifikationsmerkmale dieses weltweit einzigartigen Zusammenschlusses müssen wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden. ■



Die meisten aus unserer Leserschaft werden ihn noch kennen: Das Foto zeigt unseren vorigen Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Jürgen Meyer. Immer wieder meldet er sich nach Erhalt des Roten Fuchsles bei der Redaktion und kann inhaltlich etwas zu deren Wissenbestand beitragen. (Nebenbei: Damit ist klar, dass er 's Rote Fuchsle auch tatsächlich liest.) Vergangenen Herbst konnte er nicht am Landesparteitag in Offenburg teilnehmen, weil er zu eben dieser Zeit an der Universität Warschau war. Jürgen anerkennt das Engagement des Roten Fuchsles für die europäische Idee. Deshalb stellt er uns das Manuskript eines Redebeitrags zur Warschauer Veranstaltung zur Verfügung. 's Rote Fuchsle druckt es (fast) ungekürzt ab.

Ein Tipp an die Leserschaft vorab: Bitte lasst euch nicht von der Lektüre abschrecken, weil es "nach viel Text aussieht". Wie es Jürgen Meyers Art immer schon war, spricht und schreibt er auch für juristische Laien und Nicht-Verfassungsrechtler sehr gut verständlich und nachvollziehbar. Und es lohnt sich. Vergessen wir weiterhin nicht, dass wir mit Jürgen Meyer einen der ganz Großen in der EU zu uns rechnen dürfen. Sein Einsatz für die europäische Idee ist nach wie vor beispiellos. Sonst würde man ihn auch nicht noch heute in der halben Welt zu Vorträgen vor ganzen Heerscharen von Parlamentariern und Wissenschaftler einladen, damit er ihnen über Entstehen und Stand der europäischen Verfassung Rede und Antwort stehe.

Stärkung der Demokratie in der Europäischen Union

Professor Dr. Jürgen Meyer

Vor vier Jahren haben wir in diesem Auditorium der Alten Bibliothek [Universität Warschau - Red.] die Frage diskutiert, ob die Europäische Union eine Verfassung braucht. Und der Kollege Prof. Dr. Edmund Wittbrodt und ich, die wir den Senat der Republik Polen bzw. den Deutschen Bundestag in den Jahren 2002 und 2003 im Europäischen Verfassungskonvent vertreten hatten, haben die Frage mit großer Zustimmung aus dem Auditorium bejaht.

Heute sind wir in der glücklichen Lage festzustellen, dass der von uns seinerzeit mit erarbeitete Verfassungsentwurf am 1.12.2009 als "Vertrag von Lissabon" fast unverändert, wenn auch etwas unübersichtlich in die 3 Teile EUV, AEUV und Grundrechtecharta zergliedert, in Kraft getreten ist.

Und natürlich ist dieser Vertrag ebenso wie die Vorgängerverträge nach der zutreffenden Auffassung des EuGH eine Verfassung.

Dazu bedarf es keines Staates. Ich verstehe unter einer Verfassung die elementaren Regeln eines Gemeinwesens, wie und wofür es handelt.

Damit ist aber auch eines der Ziele des neuen Vertrages angesprochen, die nur sehr unvollkommen erreicht worden sind: Die deutliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Meine Anträge auf radikale Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und seine Ersetzung durch eine "superqualifizierte" Mehrheit z.B. von 75% oder 90% der Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Rates fanden trotz Unterstützung durch den Vorsitzenden Giscard d'Estaing bei den Regierungsvertretern des Präsidiums keine Zustimmung.

So kann nach wie vor ein einziger europaskeptisch eingestellter Mitgliedstaat jeden Fortschritt in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Finanz- und Steuerpolitik blockieren.

Das Problem verschärft sich mit jeder Erweiterung um neue Mitgliedstaaten. Wesentlich erfreulicher sind die in der neuen Verfassung enthaltenen Ansätze, mehr Demokratie zu wagen. Ich meine an erster Stelle Art. 48 Abs. 3 EUV, der für künftige Vertragsänderungen grundsätzlich die Einberufung eines Konvents vorschreibt. Damit wird der Erfolg des Grundrechte- und des Verfassungskonvents





■■■ Fortsetzung von Seite 21

mit ihrer deutlichen Mehrheit von Parlamentariern als Zukunftsmodell anerkannt.

Die Öffentlichkeit des Konventsverfahrens tritt an die Stelle von Regierungskonferenzen hinter verschlossenen Türen.

I. Das Europäische Parlament als der größte Begünstigte des Vertrages von Lissabon.

Dem ausdrücklichen Bekenntnis der neuen Verfassung zur repräsentativen Demokratie entspricht die Feststellung, dass die Bürgerinnen und Bürger auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament (EP) vertreten sind (Art. 10 Abs. 2 EUV). Das EP wird zum gleichberechtigten Mit-Gesetzgeber neben dem Rat und erhält endlich das "Königsrecht" eines echten Parlaments, nämlich die dem EP in der Vergangenheit bei den sog. obligatorischen Ausgaben (Landwirtschaft!) vorenthalte volle Haushaltsbefugnis (Art. 14 Abs. 1 EUV).

Die Gesetzgebungszuständigkeiten der Union und damit auch des EP werden erweitert (Art. 2 ff. AEUV), wobei die geteilte Zuständigkeit für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, aber auch die unterstützenden Zuständigkeiten z.B. für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport wachsende Bedeutung erlangen werden. Das EP wählt den Kommissionspräsidenten auf Vorschlag des Europäischen Rates, wobei das Ergebnis der Wahlen zum EP zu berücksichtigen ist; der Konvent verband damit die Vorstellung, dass die

großen Parteien in künftigen Wahlkämpfen zum EP mit europäischen Programmen und Spitzenkandidaten antreten sollten, wodurch die EU für die Bürgerinnen und Bürger Gesicht und Stimme bekäme. Die Stärkung des EP hängt eng mit der demokratietheoretischen Überzeugung zusammen, dass eine Übertragung von Kompetenzen auf die EU und die insoweit schwächer werdenden Kontrollbefugnisse der nationalen Parlamente unter keinen Umständen den Wegfall parlamentarischer Kontrolle zur Folge haben dürfen. An die Stelle der nationalen Parlamente tritt bei ausschließlicher Gesetzgebungszuständigkeit der EU künftig das EP. Dieses kann als klarer Gewinn des Vertrages von Lissabon bezeichnet werden.

II. Die Rolle der nationalen Parlamente in Integrationsprozessen

Wichtigste Grundlage für die künftige Rolle der nationalen Parlamente in Integrationsprozessen ist die nationale Verfassung des einzelnen Mitgliedstaates. Für die Bundesrepublik Deutschland schreibt Art. 23 GG u. a. vor, dass der Bund durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrats Hoheitsrechte übertragen kann. Dabei sind aber die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätze sowie der Grundsatz der Subsidiarität [*] einzuhalten. Außerdem muss ein dem GG im Wesentlichen vergleichbarer Grundrechtsschutz

gewährleistet sein.

(...)

Das zur Ausführung dieser Verfassungsbestimmung notwendige Gesetz ist auf Verlangen des BVerfG vor der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ergänzt und konkretisiert worden. Das "Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union" vom 22.9.2009 gibt dem Bundestag und insbesondere dem Europaausschuss eine deutlich gestärkte Mitwirkungsmöglichkeit und -verpflichtung bei allen Vorhaben der EU. Die sehr detaillierten Regelungen reichen von fortlaufenden Berichtspflichten bis hin zur Einlegung eines Parlamentsvorbehalts im Rat, wenn die Bundesregierung einen Beschluss des Bundestages in einem seiner wesentlichen Belange nicht durchsetzen kann.

Eine besonders wichtige Rolle haben die nationalen Parlamente bei der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Danach kommt eine Zuständigkeit der EU von vornherein nicht in Betracht, wenn eine anstehende Aufgabe auf der nationalen oder regionalen oder kommunalen Ebene ausreichend gelöst werden kann. Das vom Verfassungskonvent entwickelte und in Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegte Kontrollverfahren gibt den nationalen Parlamenten weitreichende Einwir-

*Subsidiarität(sprinzip): gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (z. B. der Staat, ein Staatenbündnis) nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten (z. B. die Familie, ein Gliedstaat) nicht in der Lage sind.

Quelle: Duden - Das Fremdwörterbuch, 9. Aufl. Mannheim 2007 [CD-ROM]





Fortsetzung von Seite 22

kungsmöglichkeiten zur Verhinderung von Kompetenzzmaßnahmen der EU. Diese reichen von der binnen 8 Wochen gegen den Entwurf eines Gesetzgebungsaktes einzureichende Subsidiaritätseinrede bis zur Subsidiaritätsklage beim EuGH.

Wird eine Einrede von einem Drittel (für Rechtsakte zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein Viertel) der Stimmen der nationalen Parlamente unterstützt, muss der Entwurf überprüft werden. Die notwendige gegenseitige Unterrichtung und Abstimmung der nationalen Parlamentarier erfolgt u. a. auf der regelmäßig stattfindenden Konferenz der Europaausschüsse.

III. Die Bürgerinitiative

Ein neuartiges Element direkter Demokratie ist die von mir mit Unterstützung zahlreicher NGOs beantragte und nach anfänglicher Ablehnung durch das Präsidium schließlich in der letzten Arbeits-

sitzung des Verfassungskonvents durchgesetzte Europäische Bürgerinitiative (Art. 11 Abs. 4 EUV in Verb. mit Art. 24 AEUV). Ihre Vorgeschichte war der letztlich wegen entgegenstehender nationaler Verfassungen gescheiterte Versuch, einen Volksentscheid über den Entwurf einer Europäischen Verfassung in allen Mitgliedsstaaten herbeizuführen.

Es stellte sich die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger zwischen den alle 5 Jahre stattfindenden Wahlen zum EP an der Diskussion und Willensbildung in der EU beteiligt werden könnten.

Es ging also darum, der immer wieder aufkommenden Europamüdigkeit entgegenzuwirken und durch die Möglichkeit grenzüberschreitender Initiativen eine europäische Öffentlichkeit, einen öffentlichen Diskurs über gemeinsame Angelegenheiten zu erreichen.

Immerhin gibt nun die Bürgerinitiative einer Mindestzahl von einer Million

Unionsbürgerinnen und -bürger ein ähnliches und bewusst wortlautgleich formuliertes Recht, wie es dem EP nach Art. 225 AEUV zusteht. Dadurch kann die Kommission, die nach wie vor das Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren hat, zur Ausarbeitung eines Rechtsaktes aufgefordert werden. Die Einzelheiten sind inzwischen (...) geregelt. Danach müssen die Unterzeichner der Initiative aus einem Viertel der Mitgliedstaaten, z.Zt. also 7, kommen. Die notwendige Mindestzahl der Unterschriften variiert entsprechend der Zahl der EP-Mitglieder eines Staates. So müssen aus Deutschland mindestens 74.250, aus Italien mindestens 54.000 und aus Polen mindestens 37.500 Unterschriften kommen, aus Luxemburg aber nur 4.500.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die mehr Demokratie wagen wollen, sind aufgefordert, die mit der Bürgerinitiative angebotenen neuen Mitwirkungsmöglichkeiten zu nutzen.

Anmerkung der Redaktion zum letzten Absatz in Jürgen Meyers Vortrag: Soll keiner sich beklagen können, die Bürger/-innen würden nicht gefragt und seien allenfalls Stimmvieh bei Wahlen. Wenn jemand in Europa der Schuh wirklich drückt, kann er/sie eine Bürgerinitiative ins Leben rufen. Wenn das Problem schwerwiegend genug ist, dürfte es nicht allzu schwierig sein, in Deutschland dafür 74.250 bzw. in Luxemburg 4.500 Unterschriften zu bekommen. ■

Land	Beitritt	Bevölkerung	BIP	EURO	Land	Beitritt	Bevölkerung	BIP	EURO	Land	Beitritt	Bevölkerung	BIP	EURO
1 Belgien	1952	10 951 665	2,2	x	11 Lettland	2004	2 229 641	4,5		21 Slowakei	2004	5 135 273	2,9	x
2 Bulgarien	2007	7 504 868	2,2		12 Litauen	2004	3 244 601	6,1		22 Slowenien	2004	2 050 189	1,1	x
3 Dänemark	1973	5 560 628	1,2		13 Luxemburg	1952	511 840	1,6	x	23 Spanien	1986	46 152 926	0,7	x
4 Deutschland	1952	81 751 602	3,0	x	14 Malta	2004	417 617	2,1	x	24 Tschechische Republik	2004	10 532 770	1,8	
5 Estland	2004	1 340 194	8,0	x	15 Niederlande	1952	16 655 799	1,8	x	25 Ungarn	2004	9 985 722	1,5	
6 Finnland	1995	5 375 276	3,1	x	16 Österreich	1955	8 404 252	2,9	x	26 Vereinigtes Königreich	1973	62 435 709	0,9	
7 Frankreich	1952	65 048 412	1,6	x	17 Polen	2004	38 200 037	4,0		27 Zypern	2004	804 435	0,3	x
8 Griechenland	1981	11 309 885	-5,5	x	18 Portugal	1986	10 636 979	-1,9	x					
9 Irland	1973	4 480 858	1,1	x	19 Rumänien	2007	21 413 815	1,7						
10 Italien	1952	60 626 442	0,5	x	20 Schweden	1995	9 415 570	4,0						

BIP = Werte 2011 im Vgl. z. Vorjahr
Alle Angaben: Websites der EU; Eurozone: Wikipedia

Grafik: Einige statistische Angaben zur EU (aktueller Stand). Nicht uninteressant ... Und immer mal wieder der Hinweis für die Bezieher/-innen der ISDN-Version: Die DSL-Ausgabe stellt auch obige Grafik besser dar. Wer künftig umsteigen kann oder will, bitte melden. Danke.





Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff Öffentliche Veranstaltung

6.
März

**Schwert
Ehingen
20.00 Uhr**

Brauchen wir einen Bundespräsident?

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
3. April 2012
Gaststätte Schwert

Öffentliche Veranstaltung Ortsverein und Kreisverband

19.
März

**Schwert
Ehingen
19.30 Uhr**

Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg

Klaus Käppler MdL

Information und Diskussion
voraussichtliches Ende 21.30 Uhr

- Klaus Käppler MdL ist schulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und Schulleiter
- Moderation Jürgen Haas, stellv. Kreisvorsitzender



Winter ade ...

Vorankündigung

Termine des Kreisverbands

- 07. März Veranstaltung mit Martin Rivoir MdL: Wort gehalten, Dornstadt
- 19. März (siehe oben, Kalenderblatt)
- 04. April Veranstaltung mit Hilde Mattheis MdB: Rechtsextremismus, Blaubeuren
- 16. Mai, Kreisjahreshauptversammlung Laichingen
- 14. Juni Bürgergespräch Blaustein

SPD-Publikationen im Gäu - Wir sind nicht allein ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- Der Rote Seehas www.bodensee-internationale.org/seehas.php
- Bibervision www.spd-biberach.de
- und natürlich: 's Rote Füchle www.spd-ehingen.de ■